3

Der Kapitalismus – Wem gehört eigentlich was?

Nun wird es Zeit, lieber Johannes, dass wir den Kapitalismus etwas genauer anschauen, der so viele Arme hervorbringt. In den beiden vorausgehenden Kapiteln habe ich ja diesen Begriff wiederholt verwendet. Er ist seit 1989, als der Kommunismus zusammengebrochen ist, zu einem System geworden, das scheinbar keine Alternative mehr kennt.

Gott oder Geld

Du könntest uns ein Lied von den Anfängen des Frühkapitalismus singen. Zu eurer Zeit wurde ja das Geld zu einer Art Übermacht. Es verdrängte bald den Gott des Lebens. Gott oder Geld – das war die Frage! Ihr habt Gott gewählt und das Geld völlig abgelehnt. Du könntest diesbezüglich viele Geschichten erzählen.

Einmal legte ein Besucher der Portiunkulakapelle Geld auf den Altar. Als ein Bruder das Geld an so heiliger Stätte liegen sah, nahm er es und legte es auf den Fenstersims. Ein anderer Bruder nahm es dann von da weg und brachte es zu Franziskus. Dieser kannte sich kaum mehr vor Zorn. Er fragte, wer das Geld auf den Fenstersims gelegt habe. Den Bruder, der sich meldete, fragte er: „Warum hast du das getan? Wusstest du denn nicht, dass ich nicht nur verboten habe, Geld zu gebrauchen, sondern auch, es zu berühren?“ Sogleich warf sich der Bruder auf die Knie und beugte sein Haupt, er bekannte seine Schuld und bat um eine harte Buße. Franziskus legte ihm folgende Buße auf: Der Bruder musste das Geld mit dem Mund fassen und es auf einen Misthaufen legen. Er sollte mit allen Sinnen spüren: Mist ist Mist (nach AP 30).

Eine solche Geschichte muss heute, wo man ohne Geld gar nicht mehr leben kann, auf völliges Unverständnis stoßen.

Einige Begriffsbestimmungen

In diesem Kapitel geht es weitgehend um wirtschaftliche Fragen. Es wird wohl notwendig sein, lieber Johannes, zunächst einige Begriffe genauer anzuschauen.

Wirtschaften bedeutet ursprünglich „besorgen", „bewirten", „jemanden mit Gütern versorgen".

Ökonomie stammt aus dem Griechischen und könnte mit „Hausordnung" übersetzt werden. Gemeint ist die Beachtung aller Gesichtspunkte, welche zu einer guten Hausverwaltung gehören: die Versorgung des Hauses mit den lebensnotwendigen Gütern und deren bestmögliche Verwaltung. Schon längst ist aus dem Familienhaus eine Gemeinde, ein Staat, die Völkergemeinschaft, ja die ganze Welt geworden. Und aus der Aufmerksamkeit für die Regeln der Hausverwaltung ist eine Lehre, eine Wirtschaftswissenschaft geworden.

Die *Hausordnung* bzw. die Wirtschaftsordnung, welche sich einzelne Staaten oder die Gemeinschaft der Völker geben, ist in jedem Fall eine Setzung des Menschen bzw. eine Frage des politischen Willens. Je nachdem unterscheiden wir:

- *Planwirtschaft*: Der Staat allein plant, lenkt und kontrolliert das wirtschaftliche Verhalten. Diese Hausordnung war die der kommunistischen Staaten.
- *Marktwirtschaft*: Der Wettbewerb der Güter und Leistungen ist hier der ausschlaggebende Faktor des wirtschaftlichen Verhaltens. Diese Hausordnung beansprucht heute in demokratischen Staaten allgemeine Geltung.
- *Soziale Marktwirtschaft*: Der Wettbewerb der Güter und Leistungen wird durch den Staat gesteuert, um Ungerechtigkeiten des Marktes zu verhindern oder auszugleichen. Heute wird oft das Wort „ökologisch" hinzugefügt. Gemeint ist damit die Kompetenz des Staates, im Interesse der Natur bzw. der Bewahrung der Schöpfung einzugreifen.
- *Freie Marktwirtschaft*: Der Wettbewerb der Güter und Leistungen darf keinen staatlichen Regeln oder Gesetzen unterliegen. Wenn diese Auffassung philosophisch gestützt wird, spricht man – vor allem in Lateinamerika – von „Neoliberalismus", dem die Idee der absoluten Freiheit des Einzelnen zu Grunde liegt. In Europa spricht man von *„Manchester Liberalismus"*, benannt nach der englischen Stadt Manchester, in der man im frühen 19. Jh. „das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte ohne jegliche staatlichen Eingriffe als Grundprinzip der außenwirtschaftlichen (Freihandelslehre) und u.a. auch der binnenwirtschaftlichen Ordnung fordert" (Meyers Konversationslexikon), identisch mit *Laissez-faire-Kapitalismus* (französisch für „machen lassen") oder *Casino-Kapitalismus*, weil das Spiel des Marktes eher ein Glücksspiel ist, an dem nur die Reichen teilnehmen können. Man spricht auch von *Neodarwinismus*, weil das Gesetz des Stärkeren, das nach CHARLES DARWIN († 1882) die Evolution bestimmt, auf das wirtschaftliche Gebaren übertragen wird.
- *Kapitalismus*: Alle bisher genannten Wirtschaftsordnungen können unter dem Stichwort „Kapitalismus" zusammengefasst werden. Damit wird die Bedeutung unterstrichen, welche dem Kapital, besonders in der Form des Geldes, in allen Bereichen zukommt. Die *Planwirtschaft*, welche gewöhnlich dem Kapitalismus gegenübergestellt wurde, war im Grunde genommen ebenfalls „Kapitalismus", nur waren die Gewinner des Kapitals der Staat bzw. die machttragenden Kräfte, welche sich auf unvorstellbare Weise bereichern konnten („Bonzen" genannt).

Von „gebremstem Kapitalismus" wird im Zusammenhang mit der *sozialen Marktwirtschaft* gesprochen und von „ungezügeltem Kapitalismus" beim sog. *Manchester Kapitalismus*.

- *Globalisierung / Globalismus*: die zunehmende Geltung der Marktwirtschaft in der ganzen Welt.

Die Macht des Geldes

Dem Kapitalismus liegt ursprünglich eine Einstellung zu Grunde, die den Auftrag verrät, den Wirtschaft bzw. Ökonomie eigentlich zu erfüllen hat: besorgt sein um den Menschen, seine Grundbedürfnisse stillen, Wohlstand und Wohlfahrt für *alle* sichern. Tatsächlich geht es im Kapitalismus um Anhäufung von Geld, um Geldvermehrung (= Akkumulation).

In den letzten Jahrzehnten hat auf der ganzen Welt eine gigantische Umverteilung des Reichtums stattgefunden. Das Geld sammelt sich in unüberschaubaren Mengen in einzelnen Händen. So überstieg 1996 der Reichtum der 358 Milliardäre (Einzelpersonen!) das Gesamteinkommen aller armen Länder der Welt. Wie unsinnig die Geldanhäufung sein kann, zeigt sich vor allem im Bereich des Sports. Der nordamerikanische Basketballspieler SHAQUILLE O'NEIL verdient laut Vertrag in nur sieben Jahren 127 Millionen Dollar, wobei die Werbeeinnahmen nicht inbegriffen sind. US-Präsident BILL CLINTON, der ja gewiss nicht darben muss, müsste 600 Jahre Präsident der Vereinigten Staaten sein, um gleich viel zu verdienen wie S. O'NEIL in sieben Jahren. Ein Amerikaner mit dem gesetzlichen Mindestlohn von 5,15 Dollar müsste dafür

10 735 Jahre arbeiten. O'NEIL verdient 4 500 Dollar pro Minute bzw. 350 000 Dollar pro Woche („Zürcher Tages-Anzeiger" vom 28.10. 1996, Wirtschaftsteil, S. 29). Was sich hier an einem einzigen Beispiel als unsinnig erweist, gehört zum innersten Wesen des Kapitalismus.

Die wichtigsten Antreiber des Kapitalismus sind die Großbanken und die großen Unternehmen, die ihre Tätigkeit in vielen Staaten entfalten und immer mehr weltweit wirken (= multinationale Konzerne). Auch der „Internationale Währungsfonds" (IWF) und die „Weltbank" sind heute Institutionen, die den Kapitalismus fördern. Ursprünglich wurden sie jedoch gegründet, um den armen Völkern Anteil zu geben am Reichtum der reichen Länder. Heute ist daraus das genaue Gegenteil geworden: ein Instrument der Ausbeutung. Für die Kredite (= das zur Verfügung gestellte Geld), welche den armen Ländern gewährt wurden, mussten die Drittweltländer so viele Zinsen zahlen, dass die Summe der Rückzahlungen jene der Kredite bald um ein Vielfaches überstieg. Und – die armen Länder erhalten nur dann Kredite, wenn sie das neoliberale Wirtschaftsprogramm annehmen: die Privatisierung aller staatlichen Betriebe und die vollständige Öffnung des Marktes. Sie müssen sich den Bewegungen des internationalen Geldflusses angleichen. Letztlich geht es also um die Anpassung der nationalen Wirtschaften an die allgemeinen Vorgaben des internationalen Marktes. Auf diese Weise entzieht sich die Wirtschaft immer mehr dem regulierenden Eingriff des Staates. Freilich muss hinzugefügt werden, dass es unterdessen auch in den genannten Institutionen kritische Stimmen gibt.

Der ehemalige Präsident von Sambia, KENNETH KAUNDA, hat 1996 bei einem Symposium in Österreich die Schuldenpolitik der „Weltbank" und der Industrienationen scharf kritisiert. Er nennt die Schuldenkrise eine menschliche Tragödie. „Sie ist nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit oder eine bloße technische Frage. Sie ist eine menschliche Tragödie, und diese menschliche Dimension muss bewusst werden. Menschen sterben. Kinder sterben. Es herrscht Bürgerkrieg. In allen Ländern Afrikas südlich der Sahara kommt es zum Zerfall der sozialen und politischen Strukturen. Viel davon, sicherlich nicht alles, aber viel davon kann auf die Schuldenkrise zurückgeführt werden. Verschuldung ist eine Art Sklaverei. Es ist die härteste Art von Sklaverei. Schon im Alten Testament wurde diese Art von Sklaverei untersagt. Im Buch Deuteronomium des Alten Testaments heißt es: ‚Wenn dein Bruder arm wird, sollst du ihm borgen, aber keine Zinsen verlangen; als Pfand für seine Schuld sollst du nicht seine Kleider oder Dinge, die er zum Leben braucht, verlangen.' Niemand darf eine Mühle oder einen oberen Mahlstein als Pfand nehmen, weil er damit ein Leben als Pfand

nehmen würde. Ein Müller braucht den Mahlstein für sein bloßes Überleben. Heutzutage braucht Afrika seine Ressourcen für sein bloßes Überleben. Die Gläubiger Afrikas nehmen die Leben der Afrikaner zum Pfand. In Österreich wurde 1783 die Sklaverei abgeschafft. Heute appellieren wir an die Menschen in Österreich, mit uns den Kampf gegen die moderne Sklaverei aufzunehmen. Dieser Kampf wird in London, in Washington und in Frankfurt geführt werden. Aber auch in Wien. Im Brennpunkt dieses Kampfes wird Afrika stehen ... Einfache Leute ärgern sich, wenn sie erfahren, dass zwischen 1990 und 1993 57 % der bilateralen Darlehen und nicht rückzahlbaren Zuschüsse an Afrika an diesem Kontinent völlig vorbeigingen und geradewegs in die Schatztruhen der reichen Gläubiger zurückflossen. Einfache Leute sind erstaunt, wenn sie hören, dass das so arme Afrika reich genug ist, um dem IWF Geld zu geben. Laut einem Bericht des „British Debt Crisis Network" zahlten 1993 afrikanische Länder ca. 350 Mio. Dollar mehr an den IWF, als sie von diesem erhielten. Die gesamte Schuldenlast der afrikanischen Länder südlich der Sahara stieg auf fast 220 Mrd. Dollar. Das sind mehr als drei viertel des jährlichen Einkommens dieser Region und das fast 2,5 fache der Exporterlöse. Das bedeutet, dass Afrika für seine Gläubiger arbeitet, nicht für sich" (K. KAUNDA, 12. 02. 1996).

Die wirtschaftlich-politische Macht der Welt konzentriert sich in den Händen der 500 größten Konzerne und Großbanken. Noch eindrücklicher wird diese Konzentration, wenn man bedenkt, dass von insgesamt 200 der größten multinationalen Gesellschaften 176 ihren Sitz in nur sechs Ländern haben und 90 % aller Umsätze tätigen (der Reihe nach: 62 Unternehmen in Japan = 40 % des Gesamtumsatzes; 53 Unternehmen in den USA = 25,4 %; 23 in Deutschland = 10 %; 19 in Frankreich = 7,3 %; 11 in Großbritannien = 3,5 % und 8 in der Schweiz = 3,1 %). Sie entscheiden in viel größerem Umfang als die einzelnen Staatsregierungen über das Schicksal der Welt. „Wir befinden uns in einer Zeit, in der Firmen den Ländern zunehmend Befehle erteilen. Der Elektronikkonzern „Intel" zum Beispiel baute eine Fabrik in Israel. Die Regierung des Landes musste 600 Millionen Dollar zahlen, damit „Intel" nicht Ägypten den Vorzug gab. Oder Brasilien überreichte dem Autokonzern Ford 700 Millionen, Alabama und South Carolina zahlten an BMW und Mercedes. Das heißt: Diese Firmen entrichten nie Steuern an diese Staaten, sondern die Einwohner dieser Staaten zahlen Steuern an die Unternehmen. Die mächtigen Konzerne sind zu Steuerkollektoren geworden. Wenn man eine globale Wirtschaft hat ohne eine globale Regierung, erhöht sich die Verhandlungsmacht der Unternehmen. Firmen sind mobil, Länder nicht – und so kann man mit Län-

dern spielen, zumal sich Länder zunehmend in kleine, weniger mächtige Einheiten aufsplittern. Der politische Prozess – bis hin zur Gesetzgebung – wird heute von Firmen beherrscht" (Starökonom LESTER C. THUROW in: „Tages-Anzeiger" vom 27. Januar 2000).

Eine noch größere Rolle spielt eine kleine Schar von skrupellosen Geldhändlern, welche die Geldmengen aus den reichen und armen Ländern abziehen und die Geldflüsse so lenken, dass sie überall fehlen, wo der Staat sie zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendig brauchen könnte. 98,4 % der gesamten Geldmenge der Welt wird für solche Spekulationszwecke gebraucht (Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, zit. bei DUCHROW). Präsident JACQUES CHIRAC von Frankreich nannte diese Geldhändler das „Aids der Weltwirtschaft".

Die wissenschaftlich-technische Revolution und ihre Auswirkung auf die Arbeitswelt

Da der Kapitalismus über das nötige Geld verfügt, kann er sich Wissenschaft und Technik dienstbar machen. Überall wird die Computerwelt eingeführt. Fast alles wird automatisiert; mit Fax und E-Mail und Ähnlichem können blitzschnell Informationen ausgetauscht werden. Zur Kernspaltung tritt die Kernfusion, Stoffe können künstlich hergestellt werden, die Technik greift in die Lebensprozesse ein, ja sogar in die Erbsubstanz (die Gene). Die Laser- und Weltraumtechnik eröffnet ungeahnte Möglichkeiten... Auch im Bereich Dienstleistung und Freizeit haben die neuen Technologien einen vollständigen Wandel herbeigeführt. Darum spricht man sogar von einer wissenschaftlich-technischen Revolution.

Das alles hat die gänzliche Umgestaltung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse zur Folge. Die Geschäftsführung eines modernen Betriebes hat nur eines im Auge: Wie können wir mit weniger Aufwand mehr und bessere Produkte herstellen (= Rationalisierung)? Anders gesagt: Maschinen sind billiger als Arbeitskräfte, also weg mit der Arbeitskraft! Nur auf diese Weise, sagt man, kann die Wettbewerbsfähigkeit und das Überleben der Betriebe gewährleistet werden. JEREMY RIFKIN, der Verfasser eines Buches mit dem Titel „Das Ende der Arbeit", meint, dass wir einer Zukunft mit 80 % Arbeitslosen entgegengehen. Diese Prognose gilt selbstverständlich für die Industrieländer, in denen über Jahre hin annähernd Vollbeschäftigung herrschte. Damit wird die Situation, die bisher in den Ländern der sog. Dritten Welt der Normalfall war, weltweit ausgedehnt (= globalisiert).

Zudem werden Arbeitskräfte aus den Industrieländern in die armen Länder ausgelagert. Die armen Länder werden so zu „Billiglohnländern": Kleider, Autos, Computer und andere Maschinen, Buchhaltung und Sekretariatsarbeiten werden dort für reiche Firmen in den Industrieländern hergestellt bzw. ausgeführt. Eine neue Form von Kolonialisierung entsteht.

Ein anderer Aspekt ist die Ausgrenzung ganzer Länder und Regionen: Diese besitzen weder das Geld noch die Technik, um gleichwertige Produkte auf den Markt zu bringen. Wegen mangelhafter Qualität sind Produkte aus Ländern der Dritten Welt nicht wettbewerbsfähig, deswegen bleibt der Gewinn aus, und die Abhängigkeit von den reichen Ländern wächst noch mehr. Der Teufelskreis dreht sich: Sie haben nicht die Mittel, sich neue Techniken anzuschaffen, und wegen fehlender Gewinnaussichten bekommen sie auch kein ausländisches Geld, also können sie weder besser noch mehr produzieren. Die Menschen in diesen Ländern sind sozial, politisch und wirtschaftlich aus dem System ausgestoßen.

Andererseits gibt es vor allem in Asien eine Reihe von Staaten, die den Wettkampf mit den bisherigen Industrieländern für sich entschieden haben. Die technologische Entwicklung und die Anhäufung des Kapitals haben dort in kürzester Zeit Zustände geschaffen, welche einem Sprung vom Steinzeitalter ins 21. Jh. gleichkommen: Malaysia, Korea, Indonesien... Was aber diese Staaten, die sog. „Tigerstaaten", kennzeichnet, ist die Verbindung von Diktatur und Kapitalismus. Jeden Tag beweisen sie, dass die Ideologie der freien Marktwirtschaft nicht stimmen kann. Denn hier wird geregelt und gelenkt, manipuliert und eingegriffen – natürlich im Sinne des Kapitals und zu Lasten der Menschen. „Menschenwürde" ist kein Wort in den Wörterbüchern dieser Form des Staatskapitalismus. Die Folge ist eine große seelische Verarmung weiter Bevölkerungsschichten. Zudem hat sich auch hier gezeigt, wie schwach diese Staaten sind, sobald das Geld abgezogen wird. 1999 erlebten wir deshalb die sog. Asienkrise. Ähnliches geschah in Brasilien und in Russland.

Das kapitalistische Denken – Der Neoliberalismus

Das Denken, das hinter dem Weltkapitalismus steht, nennen wir unter anderem „Neoliberalismus". Einige Elemente dieses Denkens sind:

- *Die Unantastbarkeit des Marktes*: Der Markt reguliert sich selbst; das freie Spiel der Kräfte, die den Markt bestimmen, bringt alles ins

Gleichgewicht. Wenn dieses Gleichgewicht noch nicht hergestellt ist, dann liegt das nicht am Markt, sondern an den Gesetzen, denen er immer noch unterliegt.

• *Deregulierung*: Die Forderung, die sich daraus ergibt, heißt „Deregulierung", d. h.: Der Staat muss sich vollständig aus dem wirtschaftlichen Prozess zurückziehen: keine Vorschriften, keine Gesetze, keine Regeln mehr! Dies setzt den Glauben voraus, dass eine „unsichtbare Hand" (A. SMITH) alle Probleme lösen wird. Darum muss alles aus dem Weg geräumt werden, was die kapitalistische Marktwirtschaft hindert.

• *Die natürliche Ungleichheit der Menschen*: Die tief greifende Ungleichheit in der Gesellschaft geht – so sagt man – auf die Natur des Menschen selbst zurück. Jeder bekommt, was er verdient. Wo jemand lebt, unter welchen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und historischen (= strukturellen) Bedingungen, spielt keine entscheidende Rolle. Es gibt weder „soziale Gerechtigkeit" noch „Ungerechtigkeit", sondern nur ein richtiges oder falsches Verhalten des einzelnen Menschen. Schuld an allen sozialen Problemen, am Reichtum der einen und am Elend der anderen, ist nur die menschliche Natur. Fälschlicher Weise nimmt man an, dass alle Menschen gleiche Chancen haben und sie diese einfach nur nutzen müssten. Das System als solches ist immer gut, die Menschen sind das Problem.

• *Neodarwinismus*: Viele Theoretiker des Neoliberalismus sind auch Anhänger des „Neodarwinismus". Mit anderen Worten: Man überträgt das Prinzip der „natürlichen Selektion" (= Auswahl) auch auf die ökonomische Entwicklung der Menschheit. Man sagt: In der Natur setzt sich das Starke immer gegen das Schwache durch, so ist es auch unter den Menschen. Wer wirklich am Fortschritt des Menschen interessiert ist, darf auf Arme und Schwache, auf alle, die durch die wirtschaftlichen Interessen auf der Strecke bleiben, keine Rücksicht nehmen. Wo gehobelt wird, fallen auch Späne! Die Armen sind das notwendige Abfallprodukt auf dem Weg zu einer vollkommenen Gesellschaft. Wer im Markt nicht bestehen kann, ist ein Müßiggänger und Schmarotzer. Diejenigen aber, die bestehen, sind die Arbeitswilligen und die Tüchtigen.

Verheerende Folgen

Die Folgen des Kapitalismus sind unübersehbar. Du solltest, lieber Johannes, dazu noch einmal die beiden vorausgehenden Kapitel lesen. Anderes kommt hinzu:

Die Gewalt in den Städten, vor allem gegen Ausländer, nimmt zu; radikale Gruppen entstehen, die gegen die vorhandenen Lebensbedingungen kämpfen; überall bilden sich nationalistische Parteien; Fremdenfeindlichkeit und Sündenbockmentalität verdrängen das vernünftige Denken; arme Regionen wollen sich von reichen abkoppeln, um eine eigene Entwicklung zu suchen, und reiche von den armen, weil sie nicht teilen wollen (zum Beispiel Norditalien). Die Reichen müssen sich vor den Armen schützen, die sich auf die „Inseln des Wohlstands" flüchten. Sie ziehen sich in dicht abgeschlossene „Burgen" zurück; sie müssen sich einmauern, um ihren Reichtum zu verteidigen.

Auch seelisch verarmen die Menschen, sie werden in immer größere Einsamkeit getrieben, Gefühle der Sinnlosigkeit und der Drogenkonsum greifen um sich.

An sich – so behauptet der Neoliberalismus – begünstigt und garantiert die Marktwirtschaft die Demokratie. Dies aber wird durch Ereignisse und Erfahrungen eindeutig widerlegt. Regierungen, Parteien, Parlamente, Gewerkschaften usw. werden von der Dynamik der neoliberalen Wirtschaft überrollt. Die Kontrolle durch das Volk nimmt stetig ab, was zu immer neuen Krisen führt. In dem Maße, wie der Staat an Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen verliert, schwindet auch das Vertrauen der Bürger in die Parteien, das Parlament und die Regierung. Sie ziehen sich aus dem politischen Geschehen zurück. Niemand glaubt mehr daran, mit politischen Mitteln etwas bewegen zu können. Die Menschen fliehen immer mehr in die Privatsphäre und kämpfen nur noch um ihre persönlichen Interessen. Man versucht, sein Leben so gut wie möglich im Hier und Jetzt einzurichten, ohne sich um das Los der anderen zu kümmern. Man vergisst die Vergangenheit und denkt nicht an das Morgen. So spricht man zum Beispiel bereits von einer neuen „Barbarei" Europas.

Solche Tendenzen könnten in der Dritten Welt Katastrophen auslösen: Volksrevolten, blinde Gewalt, schwache und instabile Regierungen und endlose Bürgerkriege. Zum Teil können wir solches ja bereits beobachten: beispielsweise die unkontrollierbare städtische Kriminalität (Washington wurde bereits 1992 als die kriminellste Stadt der Welt bezeichnet).

Kritik am Kapitalismus

Die Beschreibung des Kapitalismus musste weitgehend negativ ausfallen, lieber Johannes. Das bedeutet aber nicht, dass man sich gegen eine weltweit vernetzte Wirtschaft stellen muss. Im Gegenteil: Ein Markt, an

dem die ganze Welt teilhat, ist sogar ein Postulat, das sich unmittelbar aus dem christlichen Glauben und der franziskanischen Spiritualität ergibt.

Eine so verstandene Weltwirtschaft muss der Gerechtigkeit, der weltweiten Solidarität und der Bewahrung der Schöpfung dienen. Es muss eine weltweit verbundene Wirtschaft geben, die nicht in der Anhäufung des Geldes ihren Kern hat, sondern in der Förderung des Lebens. Unter diesem Gesichtspunkt sollen nachstehend die Hauptkritikpunkte zusammengefasst werden.

Innerkapitalistische Kritik

Selbst innerhalb des kapitalistischen Systems regt sich so etwas wie Selbstkritik. Dafür zwei Beispiele:

Der Kapitalismus ist eine falsche Herrschaftslehre: In einer Wirtschaftszeitung der Schweiz erschien Anfang 1997 („Cash", 24.01. 1997; s. auch DIE ZEIT, 17.01.1977) ein Artikel „über das Totalitäre der Marktwirtschaft". Darin kommt GEORGE SOROS, US-Amerikaner ungarischer Abstammung, einer der führenden Geldhändler der Welt, ausführlich zu Wort. Als er feststellte, dass er mehr Geld verdiene, als er brauche, beschloss er, eine Stiftung für eine offene Gesellschaft zu gründen. Jedes Jahr fließen daraus allein für die Demokratisierung Osteuropas 350 Mio. Dollar. Ich habe mir im folgenden Zitat, lieber Johannes, um der einfacheren Sprache willen erlaubt, einige Fremdwörter durch die entsprechenden deutschen Begriffe zu übersetzen. Das ändert ja an der Sache nichts, zumal das auch schon der Journalist hätte tun können, der SOROS' Gedanken wohl aus dem Englischen übersetzt hat.

Für SOROS ist die Markwirtschaft ein Glaubenssystem mit einer totalitären Ideologie, mit einer Lehre also, die alle Lebensbereiche durchdringt und für sich beansprucht. Sie ist darin dem Kommunismus, dem Faschismus und ähnlichen Systemen vergleichbar. Vom Kommunismus werde ich im nächsten Kapitel noch etwas sagen. Der Faschismus ist eine Herrschaftsform, welche die Demokratie verachtet. Ursprünglich bezeichnet er das politische System, das BENITO MUSSOLINI (1883–1945) in Italien errichtet hat; „Faschismus" ist vom italienischen „fascio" = Rutenbündel abgeleitet, dem Symbol der absoluten Herrschaft. Dieser Begriff wurde dann auf alle verwandten Systeme ausgedehnt, die wie ein Taumel ganz Europa und auch einige andere Länder erfassten (= Nationalsozialismus in Deutschland und Österreich).

Ein totalitäres System sei, sagt SOROS, durch zwei Dinge charakterisiert: durch den Glauben, die Wahrheit zu kennen, und durch den Glauben, die Guten von den Bösen unterscheiden zu können. Man zwingt anderen eine unbeweisbare Meinung auf. „Soweit in unserer Gesellschaft überhaupt von einer vorherrschenden Meinung die Rede sein kann, so ist es der Glaube an die Zauberkraft des Marktes. Die Lehre des ‚Laissez-faire-Kapitalismus' verkündet, dem Gemeinwohl werde am besten durch die uneingeschränkte Verfolgung des Eigeninteresses gedient. Ich habe auf den Finanzmärkten der Welt ein Vermögen erworben, und dennoch befürchte ich inzwischen, dass die uneingeschränkte Geltung des ‚Laissez-faire-Kapitalismus' und die Verbreitung der Werte des Kapitalismus über alle Bereiche des Lebens die Zukunft unserer offenen und demokratischen Gesellschaft gefährdet. Der wichtigste Feind der offenen Gesellschaft ist nicht länger die kommunistische, sondern die kapitalistische Bedrohung. Die Behauptung, freie Märkte hätten eine bestmögliche Zuteilung der Lebensgrundlagen zur Folge, lässt sich (...) nicht halten. Die angeblich wissenschaftliche Theorie, mit der sie untermauert wird, erweist sich als feststehendes Gebilde, dessen Schlussfolgerungen in seinen Voraussetzungen enthalten sind. Es zeigt sich eine beunruhigende Ähnlichkeit mit dem Marxismus, der für seine Glaubenssätze ebenfalls Wissenschaftlichkeit beansprucht. Indem die Ideologie des Laissez-faire die Umstände von Angebot und Nachfrage von vornherein als gegeben annimmt und die Eingriffe der Regierung zum höchsten Übel erklärt, hat sie die Umverteilung von Einkommen und Wohlstand von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ich kann einräumen, dass Versuche zur Umverteilung sich auf die Leistungsfähigkeit des Marktes auswirken – aber daraus folgt nicht, dass keine solchen Versuche unternommen werden sollten. (...) Wohlstand akkumuliert sich in den Händen seiner Eigentümer; und wenn für die Umverteilung keinerlei Mechanismen vorgesehen sind, kann es zu unerträglichen Ungerechtigkeiten kommen."

Der Chefredakteur der genannten Wirtschaftszeitung greift die Gedanken von G. SOROS auf in einem grundsätzlichen Artikel mit der Überschrift „Im Namen des Marktes. Amen". Er schreibt: „Warum fragt sich ausgerechnet eine Wirtschaftszeitung wie ‚Cash' über ganze zwei Seiten, ob der Glaube an den Markt eine Ideologie sei, und dazu noch eine totalitäre? Eben deshalb, weil auch wir gegen den Totalitarismus des Marktes nicht gefeit sind. Seien wir ehrlich: Wenn GEORGE SOROS bloß ein intelligenter Mensch wäre, der viele gescheite Bücher gelesen hätte, dann hätten weder wir, weder ‚DIE ZEIT' noch die ‚Herald Tribune' dem Mann auch nur eine Fußnote gegönnt. Doch

SOROS ist ein bekannter Milliardär... Dass wir ihn nur deshalb ernst nehmen, zeigt, dass hier die Sphäre des Geldes auf den Bereich des Geistes übergreift. Dieser Übergriff des einen Ordnungs- oder Verteilungsprinzips auf ein anderes, ihm wesensfremdes, ist genau das, was der Politologe MICHAEL WALZER in seinem Buch ‚Sphären der Gerechtigkeit' als Tyrannei oder – in der extremen Form – als Totalitarismus bezeichnet. Solange das Geld bloß die Wirtschaft beherrscht, ist dagegen wenig einzuwenden. Wenn aber die Wirtschaft ihrerseits das ganze Leben beherrscht, wenn sich die Politik, der Sozialstaat und die Wissenschaft den Gesetzen des Marktes unterordnen und wenn ganze Länder plötzlich als bloße Wirtschaftsstandorte um ihr Überleben kämpfen, dann ist der Totalitarismus nicht mehr weit ..."

Die wahre Freiheit und der Neoliberalismus

In einer aufrüttelnden Rede vor der „Freien Demokratischen Partei Deutschlands" (FDP), die sich als Sachwalterin des freiheitlichen Gedankengutes und des „Freien Marktes" versteht, spricht MARION GRÄFIN DÖNHOFF, eine der markantesten und profiliertesten deutschen Journalistinnen der Nachkriegszeit, über „die entfesselte Freiheit": „Es ist eine große Ehre, heute hier die Reinhold-Maier-Medaille – die Auszeichnung für liberale Gesinnung – entgegennehmen zu dürfen. ... REINHOLD MAIER, der erste Ministerpräsident Baden-Württembergs, hat 1952 gesagt: ‚Wir wollen die Freiheit ganz, wir wollen sie überall. Wir wollen die wirtschaftliche Freiheit, die kulturelle Freiheit, die Freiheit im Inneren, wir wollen die Freiheit nach außen. Es gibt nicht einzelne Freiheiten, keine unter- oder abgeteilten Freiheiten, sondern nur eine ganze Freiheit.' Wenn man sich diese Sätze, diesen idealistischen Ausbruch, vergegenwärtigt, dann spürt man, wie sehr die Zeiten sich verändert haben ... Heute, nach über vierzig Jahren, sind wir skeptischer gestimmt. Die kulturelle Freiheit, nutzen wir sie denn wirklich? ... Die wirtschaftliche Freiheit? Wir haben sie. Wir haben die Freiheit des Marktes, und wir haben unzählige Beweise dafür, dass die Marktwirtschaft das effizienteste Wirtschaftssystem ist, das man sich vorstellen kann. Aber dieses System hat Nebenwirkungen, die man sich zuvor nicht hat vorstellen können. Der Grund: Das Gesetz, nach dem die Marktwirtschaft angetreten ist, heißt Wettbewerb – das Wesen des Wettbewerbs aber ist Dynamik: schneller, höher, weiter. Der Motor, der das Ganze treibt, ist der Eigennutz. Ich muss mehr leisten, mehr verdienen als meine Konkurrenten. Verantwortung für das Ganze, für die Gemeinschaft, die soll gefälligst der Staat übernehmen. Heute kommt

es offenbar nur auf die Wirtschaft an; das Geistige, Humane, Künstlerische wird an den Rand gedrängt. Alle Energie ist auf den wirtschaftlichen Bereich gerichtet. Eine totale Versachlichung hat stattgefunden – wir leben in einer technokratischen Gesellschaft, in der Effizienz durch Rationalisierung das Wichtigste ist. ...Ein Klima allgemeiner Bereicherungssucht hat sich ausgebreitet, ohne dass es dafür irgendwo eine Grenze gäbe. Es gibt keine ethischen Normen mehr und auch keine moralischen Barrieren – totale Freiheit heißt die Devise. Eine entfesselte Freiheit aber führt zu Brutalität und Kriminalität. Der Psychologieprofessor der Hamburger Universität, STEFAN SCHMIDTCHEN, sagte laut ‚WELT' in der vorigen Woche: ‚Die Gewaltschwelle von Jugendlichen war noch nie so niedrig wie heute.' Das große Problem sei, dass es nicht mehr gelingt, ethische Grundwerte wie Mitleid, Hilfsbereitschaft oder Respekt vor älteren Menschen zu vermitteln. Freiheit, die nicht einer gewissen Selbstbeschränkung unterliegt, führt letzten Endes zu Zuständen, die den Ruf nach dem ‚starken Mann' – also zu ihrer Antithese, einem autoritären Regime – laut werden lassen. Bei uns ist es zwar immer noch besser als in vielen anderen Ländern, aber auch bei uns hat die Korruption bisher unbekannte Dimensionen erreicht. Der Oberstaatsanwalt von Frankfurt erklärte kürzlich, dass in seinem Bereich seit 1987 gegen 1 500 Amtsträger und Unternehmer wegen Bestechung und Schmiergeldaffären ermittelt worden ist. Und vor ein paar Wochen war in den Zeitungen zu lesen, dass wegen der gleichen Delikte gegen 2 700 Ärzte in Deutschland Untersuchungen laufen. Ein Gefühl für das, was man tut, und das, was man nicht tut, ist weitgehend verloren gegangen. Jede Gesellschaft braucht aber Bindungen: Ohne Spielregeln, ohne Tradition, ohne einen bestimmten Konsens über Verhaltensnormen kann kein Gemeinwesen bestehen, ist Stabilität unmöglich. Das entfesselte Marktsystem, dem keine ethischen Vorstellungen zugrunde liegen, zerstört nicht nur die Solidarität, sondern auf Dauer auch die Gesellschaft. Wenn es nicht gelingt, sich auf einen ethischen Minimalkonsens zu einigen, dann wird dieses System in einem ‚Catch-as-catch-can' (= Sportart, bei der fast alles erlaubt ist, wörtlich: greifen, wie man nur greifen kann) enden. Es würde mich nicht wundern, wenn dann in zehn Jahren der Kapitalismus ebenso zusammenbricht wie vor kurzem der Sozialismus. Eine Ethik der Verantwortung ist heute noch viel notwendiger als früher. Der Philosoph HANS JONAS meint: ‚Früher mögen die Zehn Gebote als Orientierungshilfe ausgereicht haben, aber im Zeitalter des Globalismus und in Anbetracht des Zerstörungspotentials, über das der Mensch verfügt, sowie angesichts des technischen Fortschritts, der es möglich macht, Gene zu verändern, vielleicht einen

neuen Menschen zu kreieren, müssen wir eine Ethik entwickeln, die uns bewusst werden lässt, wie groß unsere Verantwortung ist.' Der Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Pluralismus – das sind wichtige Voraussetzungen. Aber ob die Freiheit, die REINHOLD MAIER vorschwebte, erhalten werden kann, hängt von der Gesinnung und dem Verhalten der Menschen ab, die in diesem Rechtsstaat leben. Genau da, meine ich, liegt die Verantwortung der Liberalen. Es ist vor allem an ihnen, den Bürgern diesen Zusammenhang immer wieder vor Augen zu führen. Sie haben viel getan für die Entwicklung des Rechtsstaates, für den die Aufklärung den Boden bereitet hatte. Nun müssen sie auch dafür sorgen, dass die Pervertierung (= Entstellung) der wirtschaftlichen Freiheit eingedämmt wird, dass der unsichtbaren Hand des Marktes gewisse ethische Fesseln angelegt werden. Eben dies können nur die Liberalen, die ja den freien Markt erfunden haben – ja, sie sind geradezu verpflichtet dazu ... Im Liberalsein steckt immer auch ein Element des Kontradiktorischen (= des Widerspruchs), nicht nur des Widerstandes gegen die Macht einer absolutistischen Regierung, sondern des Gegenhaltens gegen die herrschenden Moden der Zeit. Auch gehört dazu das Relativieren (= Einschränkung) aller angeblich allein selig machenden Ideologien ..." (DIE ZEIT, 2. 2. 1996).

Grundsätzliche Kritik

Ist diese Kritik von innen nicht sehr zentral und eigentlich erstaunlich, lieber Johannes? Der Kapitalismus muss aber auch von außen kritisiert werden. Diese Kritik ist ja bereits mit der Wortbedeutung von „Wirtschaften" und von „Ökonomie" gegeben. Ich habe es bereits gesagt. Darüber hinaus noch Folgendes:

Ein anderer Maßstab: Um den Wohlstand eines Volkes zu messen, braucht es andere Kriterien als nur das Bruttosozialprodukt (= die Summe aller erwirtschafteten materiellen Güter und Dienstleistungen). Das Bruttosozialprodukt gaukelt Wohlstand bloß vor. Es kann der Mehrheit der Bevölkerung sogar schlechter gehen, selbst wenn das Bruttosozialprodukt um mehrere Prozente anwächst. Leibliche, seelische und geistige Bedürfnisse des Menschen (Gesundheit, Wohlbefinden, Zukunftserwartung, Liebe, Sinnerfahrung, Geborgenheit, Beheimatung, Leben in gelungenen Beziehungen, Naturnähe ...) lassen sich mit diesem Instrument weder erfassen noch absichern. Gerade diese aber müssten wichtige Kriterien und Ziele der Ökonomie werden. Die ausschließliche Ausrichtung auf das Wachstum bzw. den Zuwachs des Bruttosozialproduktes ist die direkte Ursache für den Verlust der Seele,

die Zerstörung der Natur, den Ausbruch der Gewalt, das Zerbrechen von Beziehungen, den Verlust von Sinn und Hoffnung. All das müsste doch auf der Kostenseite der Bilanz aufscheinen.

Gleiche Bedingungen: Die herrschende Auffassung, der Markt sei tatsächlich frei, geht an der Wirklichkeit vorbei. Das freie Spiel der Kräfte kann nur dann gespielt werden, wenn die Voraussetzungen gegeben sind: gleiche und gerechte Startbedingungen! Wenn große Teile der Bevölkerung mangels Produktionsfähigkeit und Kaufkraft vom Spiel von Anfang an ausgeschlossen sind, kann es auch nicht zum angeblichen Ausgleich der Kräfte kommen. Die Kluft zwischen Reich und Arm wird größer, und statt des Ausgleichs kommt es zur Diktatur der Rücksichtslosen.

Die Rolle des Staates: Deshalb ist es die Aufgabe des Staates, Regeln und Gesetze zu erlassen zu Gunsten der Menschen, die vom Spiel des Marktes ausgegrenzt sind, und der Natur, die sonst zu sehr ausgebeutet wird. „Deregulierung" kann unter ungerechten Startbedingungen keine Lösung sein.

Die Zukunft: „Nachhaltigkeit" muss zum Kerngedanken einer neuen Ökonomie werden. Das heißt: Es geht nicht bloß um kurzfristige Vorteile, sondern um das mittelfristige und langfristige Überleben der Menschheit.

Die Rolle der Vernunft: Die geltende Ökonomie muss viele Auffassungen überwinden, die einem sturen, dogmatischen Glauben entsprechen, wie wir ihn aus dem religiösen Bereich kennen. Dem gegenüber müssen Phantasie, Erfindungsgeist, Wagnis, Aufbruch, „Innovation" (= Neuerung) groß geschrieben werden! Alle sog. Gesetze der traditionellen Ökonomie müssen kritisch geprüft werden! So muss Arbeit neu begriffen, ja erfunden werden. Arbeitslosigkeit kann und darf nicht gelöst werden durch das angepriesene Allheilmittel: Wachstum des Bruttosozialproduktes. Die „Nachhaltigkeit" verbietet dies!

Das Wachstumsproblem: Die „freie Markwirtschaft" geht von der falschen Voraussetzung aus, dass die Wirtschaft unbegrenzt wachsen könne. Schon rein rechnerisch ist das jedoch nicht möglich. Eine Wirtschaft, die darauf setzt, würde sich selbst zerstören. Man erinnere sich nur an die bekannte Geschichte vom König, der den Erfinder des Schachspiels zum Lohn einen Wunsch äußern ließ. Dieser erbat sich auf das erste Feld ein Weizenkorn, auf das zweite zwei, auf das dritte vier und so weiter auf jedes folgende Feld die doppelte Anzahl Körner des vorausgehenden Feldes. Der König kann den Wunsch nicht erfüllen. Am Ende müsste er 18,5 Trillionen Körner aufbringen, das wären 740 Milliarden Tonnen Weizen oder 440 mal die gesamte Getreideernte

eines Jahres. Oder: Ein deutscher Pfennig bei der Geburt Jesu auf die Bank gelegt bei 5 % Zins ergäbe 1990 134 Kugeln aus Gold, jede davon hätte das Gesamtgewicht der Erde.

Das mögen spielerische Vergleiche sein, aber die mathematischen Gesetze, die hinter den Spielen stehen, sind dieselben, die hinter der Wachstumsideologie und dem ganzen Zinssystem stehen. Dass dies Realität ist und nicht bloß Spiel, zeigt folgendes Beispiel: Noch Anfang der 80er Jahre konnte man US-amerikanische Staatspapiere kaufen, die zu 12 bzw. sogar zu 14 % verzinst wurden und das bei einer Laufzeit von sage und schreibe 30 Jahren! Bei diesen Papieren handelte es sich um so genannte Zero-Bonds, auch Null-Coupon-Anleihen genannt. Auf diese Papiere werden die Zinsen nicht jährlich ausgeschüttet. Vielmehr werden sie der Einstandsgröße gutgeschrieben und mit Zins und Zinseszins nach 30 Jahren ausgezahlt. Das heißt: Für 10 000 Dollar, die die US-Regierung von einem Geldgeber 1982 erhielt, muss sie im Jahre 2012 bei 12 % Verzinsung rund 300 000 und bei 14 % rund 500 000 Dollar zurückgeben. Also das 30- bzw. das 50fache des geliehenen Geldes! Realistisch ist ein solches Versprechen doch nur dann, wenn in den 30 Jahren auch die Leistung der Volkswirtschaft und damit die Staatseinnahmen auf das 30- bzw. 50-fache ausgeweitet werden könnten. Dass eine solche Steigerung völlig irreal ist, auch wenn es keine Umweltproblematik gäbe, bedarf keiner Erklärungen. Oder man müsste von einer entsprechend hohen Entwertung des Geldes (= Inflation) ausgehen. Das heißt dann aber, dass die US-Regierung eine Kaufkraftstabilität des Geldes auf Dauer gar nicht wollen kann. Der ungebremste Kapitalismus wird sich, wie diese Beispiele zeigen, selbst zerstören, es ist nur eine Frage der Zeit.

Die Region als Wirtschaftsraum: Die Regionen als gewachsene Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsräume sind wieder zu stärken: „Dezentralisation" ist zukunftsträchtiger und nachhaltiger als die Mammutorganisationen, welche letztlich alles an sich ziehen, die Phantasie töten und Arbeitsplätze vernichten.

Utopie: Wir müssen wieder träumen und utopische Maßstäbe entwickeln. Wir dürfen die aktuellen Zustände nicht absolut setzen. Wir müssen uns auf allen Ebenen und in allen Bereichen neue Ziele setzen.

Das Geldproblem: Der ehemalige Notenbankchef der Schweiz, F. LEUTWILER, meint: „Auf keine andere Weise als durch Inflation können in so kurzer Zeit so wenige reich und so viele so arm gemacht werden" (CREUTZ, 127). Nach dem bekannten Schweizer Ökonom HANS CHRISTOPH BINSWANGER wird eine menschenwürdige und zukunftsfähige Weltwirtschaft erst entstehen können, wenn das Thema Geld mit

Zins und Zinseszins, Inflation, Spekulation und dergleichen grundlegend neu bedacht wird. Er schreibt: „99 Prozent der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht, die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als ‚nicht existent'. Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine wirklich ökologische Wende möglich."

Die sozialethische Kritik der Kirche

Schon im 18. Jh. hat sich die Kirche sehr kritisch zum Kapitalismus geäußert. Und es ist erstaunlich, wie wenig diese Stimme wahrgenommen wird. Sogar jene, die sich sonst immer auf das Christentum berufen, die sog. christlichen Parteien, nehmen sie kaum zur Kenntnis. Ich könnte jetzt sehr viele kirchliche Dokumente zitieren, die es allesamt wert wären, ausführlich gelesen und gedeutet zu werden:

- Papst LEO XIII.: Enzyklika „Rerum Novarum" (1891)
- PIUS XI.: Enzyklika „Quadragesimo anno" – vierzig Jahre nach „Rerum Novarum" (1931) kritisierte mit Schärfe den „verderblichen und verwerflichen finanzkapitalistischen Internationalismus oder Imperialismus des internationalen Finanzkapitals, das sich überall zu Hause fühlt, wo sich ein Beutefeld auftut" (QA 109).
- Die Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes" des Zweiten Vatikanischen Konzils (GS)
- Papst PAUL VI. (PP, 1967) verurteilt die „herrschende Lehre des freien Handels", der nach der Erfahrung nur den Starken in der Weltwirtschaft zugute kommt und die Schwachen benachteiligt.
- JOHANNES PAUL II.: Enzyklika „Sollicitudo rei socialis" (1987) formuliert die wohl schärfste Kritik an den Mechanismen der Marktwirtschaft. Hier spricht der Papst von den „Strukturen der Sünde".
- Die Päpstliche Kommission „Justitia et Pax" (1987) zur Schuldenkrise
- JOHANNES PAUL II.: Enzyklika „Centesimus Annus" – hundert Jahre nach „Rerum Novarum" (1991) zum gleichen Problem: „Heute lastet auf all den positiven Anstrengungen, die diesbezüglich unternommen werden, das großenteils noch ungelöste Problem der Auslandsverschuldung der ärmsten Länder. Der Grundsatz, dass die Schulden gezahlt werden müssen, ist sicher richtig. Es ist jedoch nicht erlaubt, eine Zahlung einzufordern oder zu beanspruchen, die zu politischen Maßnahmen zwingt, die ganze Völker in den Hunger und in die Verzweiflung treiben würde. Man kann nicht verlangen, dass die aufgelaufenen Schulden mit unzumutbaren Opfern bezahlt werden. In diesen Fällen

ist es notwendig – wie es übrigens teilweise schon geschieht –, Formen der Erleichterung der Rückzahlung, der Stundung oder auch der Tilgung der Schulden zu finden, Formen, die mit dem Grundrecht der Völker auf Erhaltung und Fortschritt vereinbar sind" (CA 35).

• Auch auf der Ebene einzelner Länder gibt es solche Äußerungen der Kirche, etwa das gemeinsame Wort der Kirchen in Deutschland („Für eine Zukunft").

Ich muss mich mit einem kurzen Hinweis auf diese hervorragenden Dokumente begnügen, lieber Johannes.

Theologische Kritik

Ich möchte dich aber auch noch informieren über eine verräterische Tatsache, lieber Johannes. Viele Formulierungen, welche Ökonomen auf den Kapitalismus beziehen, entstammen dem religiösen Vokabular. Seine Lehren werden wie Dogmen verkündet, seine Aussichten als Verheißungen hingestellt, die Konsumgüter bis in die Werbung hinein wie Sakramente mit religiösen Sehnsüchten umgeben. In Lateinamerika spricht man darum auch von einer „Theologie des Produktionsprozesses". Für den bekannten Wirtschaftswissenschaftler J.K. GALBRAITH handelt es sich um eine „Theologie des Laissez-faire". „So wie man an Gott glauben muss, muss man auch an das neoliberale System glauben; in diesem Sinne sind beide identisch." Der technische Fortschritt ist der Weg zum Paradies und die größte Sünde „die Versuchung, Gutes zu tun", statt sich demütig dem Markt und seinen göttlichen Gesetzen zu überlassen.

Dieser „Theologie" und ihren Götzen gegenüber ist von der Bibel her die prophetische Stimme vom wahren Gott zur Geltung zu bringen:

Der wahre Gott: ADAM SMITH spricht in geradezu religiöser Weise von „der unsichtbaren Hand", welche das marktwirtschaftliche Geschehen zum Guten lenkt. Damit werden Unrechtsstrukturen mit einem nahezu göttlichen Lichtschein umgeben. „Die Hand Gottes", wie wir sie aus der Bibel kennen, handelt in Wirklichkeit anders. Sie führt aus Unrechtsstrukturen heraus (vgl. Ex 3). Einer der Namen Gottes ist Gerechtigkeit, und nur wer der Gerechtigkeit verpflichtet bleibt, hört auf Gott. Der Kapitalismus als religiöses System ist Götzendienst.

Die Option für die Schwachen und Armen: Der Kapitalismus verkennt, dass – theologisch gesehen – das Selektionsprinzip (= Prinzip der Auslese) für den menschlichen Bereich abgeschafft ist. Dem „Recht" des Starken setzt die Bibel das Recht des Schwachen gegenüber. So verstanden, ist die biblische Option für die Armen eine prophetische Gegenstimme gegen den „Neodarwinismus". Diese Option muss auch innerhalb der Wirtschaftspolitik zur Geltung gebracht werden. Gott ist nicht auf der Seite der Macht und des Geldes, sondern zeigt sich als Sachwalter und Interessenvertreter der Schwachen und Ausgegrenzten.

Die Kultur des Lebens: Gott ist das Leben! (vgl. Dtn 30). Konsumgüter sind nicht alles, und sie erfüllen auch nicht die tieferen Bedürfnisse des Menschen. Wer im Materiellen und in den Konsumgütern das einzige Ziel des Lebens sieht, isst sich sozusagen den Tod und endet im Tod. Wer nur verbraucht, wird selber verbraucht! Wer nur konsumiert, ist ausschließlich dem Hinfälligen, Endlichen verbunden. Hier zeigt sich, wie die Ökonomie selbst den Tod derer herbeiführt, die sie mit dem Lebensnotwendigen versorgen muss. Sie wird ihrer Aufgabe erst gerecht, wenn sie ihren Absolutheitsanspruch aufgibt. Sie dient den Menschen erst dann, wenn sie die tiefer liegenden Bedürfnisse des Menschen als vorrangig erkennt und respektiert, statt verdrängt oder gar erstickt.

Prophetische Kritik

Die Kritik am Kapitalismus wird erst dann prophetisch im eigentlichen Sinn, wenn konkrete Alternativen sichtbar werden. Der evangelische Theologe U. DUCHROW sieht eine solche Alternative in den Ordensgemeinschaften, die sich aus einem anderen Menschenbild heraus auch zu einer anderen Art der Ökonomie bekennen. Dazu gehören:

Die evangelischen Räte: Die Tradition der Orden sucht schon immer auf ein anderes Gesellschaftsmodell aufmerksam zu machen, und zwar durch einen alternativen Umgang mit den menschlichen Energien. Sie sieht in den drei evangelischen Räten die Stichworte nicht nur für das Verhältnis zu Gott, sondern auch zur Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens: Die „Armut" im Besonderen verpflichtet zur Gütergemeinschaft und zu einem konsequent solidarischen Verhalten nach innen und nach außen. Die Armen werden zum Maßstab des eigenen Lebens erhoben. In der Nachfolge von Bruder Franz und Schwester Klara gilt das bis heute für die Franziskanische Familie.

Ablehnung von Privateigentum: Im Verlauf der Kirchengeschichte hat es viele Lebensformen gegeben, welche das Privateigentum grundsätzlich abgelehnt haben. Zu ihnen gehören auch Franziskus und Klara. Sie verstehen „Armut" nicht nur als inneres Gelöstsein von den Dingen, sie wollen vielmehr „sine proprio", „ohne Eigentum" (vgl. NbR 1,1) leben. „Appropriatio", „Aneignung" bzw. „Anhäufung" ist für sie geradezu die Grundsünde der Menschheit (vgl. Erm 2). Darum

bekommt der Hymnus, den Paulus auf die Menschwerdung Gottes anstimmt, eine so große Bedeutung für die praktische Ausgestaltung der franziskanischen Lebensform. Paulus spricht von der „Expropriatio" (vgl. Phil 2,5), d.h. von der „Selbstenteignung Gottes", um nichts anderes mehr zu sein als Mensch unter Menschen. Franziskus und Klara wollen in ihrer radikalen Besitzlosigkeit den Weg des Jesus von Nazaret gehen. Darin liegt wohl das Eigentliche und Tiefste, was von der franziskanischen Bewegung zu sagen und zu erwarten ist.

Alternative zum Geld: Über Jahrhunderte gab es eine Wirtschaft, die ohne Geld auskam. Und als die Geldwirtschaft in den italienischen Städten das Tauschsystem verdrängte, lehnte Franziskus das Geld für sich und seine Gemeinschaft ab. Seine Erfahrung war: Geld trennt und ist letztlich lebensfeindlich. Deshalb sah er im Geld „den leibhaftigen Teufel", Kot (vgl. 2 C 65), Staub, „stinkender Schmutz" (vgl. 2 C 66), „eine List des Teufels", mit der sich die verführerische Schlange des Paradieses in Erinnerung ruft (vgl. 2 C 68).

Im Laufe der Zeit – mit der generellen Einführung der Geldwirtschaft – haben sich die Schwestern und Brüder der Franziskanischen Familie ganz selbstverständlich an den Gebrauch des Geldes gewöhnt. Die Beurteilung des Geldes eines Bruder Franz wird uns dann erst wieder zugänglich, wenn wir das Ausmaß des Unrechts in Betracht ziehen, welches eine zügellose Geldwirtschaft verursacht. Schwestern und Brüder Klaras und Franzens müssten an diesem Punkt eine neue Sensibilität entwickeln und vorhandene Alternativen zum bestehenden Geld unterstützen.

Franziskanische Solidarität mit den Armen: Im Laufe ihrer Geschichte haben Franziskaner sich nicht gescheut, verschiedene wirtschaftliche Initiativen zu ergreifen, die auf die Armen ausgerichtet waren. So wurden „Monti frumentarii", „Getreidebanken", gegründet, um für Hungerzeiten vorzusorgen. Der hl. BERNHARDIN VON FELTRE († 1494) sammelte Adelige und Reiche in Bruderschaften, damit sie Arme unterstützten und Kranke besuchten. Mit anderen zusammen gründete er Banken, damit auch ärmere Volksschichten Geld leihen konnten: die sog. „Monti di pietà", die in Italien, Spanien, Frankreich und Deutschland sehr große Verbreitung fanden. Sie wurden von einigen Theologen beschuldigt, Zins zu nehmen und damit gegen das Zinsverbot zu verstoßen, das bis in unser Jahrhundert hinein von der Kirche aufrechterhalten wurde. Das 5. Laterankonzil schlug sich auf seiner 10. Sitzung am 4. Mai 1515 auf die Seite der Franziskaner. Es hält im Dekret „Inter multiples" am absoluten Zinsverbot fest, indem es sich auf Lk 6,34f stützt. Man darf sich „aus dem gewährten Darlehen

nichts über das geliehene Kapital hinaus erhoffen. Dies ist nämlich die eigentliche Bedeutung von Zinsnahme, wenn man nämlich aus dem Gebrauch einer Sache, die keinen Ertrag bringt, ohne Arbeit, ohne Aufwand und ohne Risiko Gewinn und Zuwächse zu erzielen sucht." Das Konzil verweist auf die Monti di pietà, „dieses so große und für das Gemeinwesen so überaus nützliche Gut". Es betont das Prinzip der Gerechtigkeit, welches das Zins-Nehmen verbiete, und ergänzt es mit dem Prinzip der Barmherzigkeit und Wahrheit, „damit den Armen geholfen werde". Daraus ergibt sich, dass die Monti di pietà „für ihre Aufwendungen und ihre Schadloshaltung ein bescheidenes Entgelt" nehmen dürfen „allein für diese Aufwendungen wegen der Angestellten und anderer Dinge, die ... zu ihrem Unterhalt gehören" (DENZINGER, 1442ff.).

In der Tradition prophetischer Kritik steht auch die „Oekom Research AG" in Deutschland. Sie geht auf einen Auftrag von 38 deutschen Ordensgemeinschaften zurück, die einen Anstoß der Thüringer Franziskaner aufnahmen. Diese mussten für die Altersvorsorge Geld anlegen und fragten sich, welche ethischen Bedingungen ein Unternehmen dafür erfüllen muss. Denn als Franziskaner, die doch aus bestimmten ethischen Vorstellungen entstanden sind, konnten sie unmöglich Unternehmen unterstützen, welche das Gegenteil praktizieren. Das beauftragte Institut prüft die Unternehmen unter drei Gesichtspunkten:

- *Umweltverträglichkeit*: Wie groß ist die Rücksicht eines Unternehmens gegenüber der Schöpfung (Energie- und anderer Resourcenverbrauch, Abfall, Umweltzerstörung ...)?
- *Sozialverträglichkeit*: Wie geht ein Unternehmen mit den Arbeitern und Arbeiterinnen um? Wie mit den Gewerkschaften? Wie wird die Arbeitszeit geregelt? Wie steht es mit der Sicherheit am Arbeitsplatz? Werden Schwerbehinderte beschäftigt?
- *Kulturverträglichkeit*: Welche Rolle spielen die ethischen Vorstellungen einer Gesellschaft (in Afrika: Großfamilie; in Europa: Sonntagsarbeit)?

Das Ergebnis ist erfreulich: Nicht nur erlaubt die Rangliste, die so entsteht und stets auf den neusten Stand gebracht wird, den Ordensleuten und anderen eine ethisch verantwortete Geldanlage. Sie hat auch Auswirkungen auf die Unternehmen selbst, welche sich zu Veränderungen gezwungen sehen (Teupke). Die neuesten Ergebnisse kann man im Internet abrufen (www.oekom.de).

Zum Nachdenken und Diskutieren

Es kommt der Tag,
an dem ein Mann und eine Frau sich lieben können,
ohne den morgigen Tag zu fürchten.

Es kommt der Tag,
an dem die Kinder nicht mehr weinen werden vor Hunger
und die Jugendlichen nicht mehr arbeitslos werden.

Es kommt der Tag,
an dem die Alten ihr Alter kreativ leben
und ihrer langen Arbeitsjahre wegen geachtet werden.

Es kommt der Tag,
an dem das Land von seinen Besten regiert wird,
das heißt: von denen, die es jeden Tag mit der Kraft ihrer Hände
und ihres Geistes gestalten.

Es kommt der Tag,
an dem man sagen kann – mit Freimut – was man denkt,
ohne Furcht vor Repression.

Es kommt der Tag,
an dem auch die, die in den globalen Analysen
nicht berücksichtigt werden,
ihr Leben, ihre Zukunft und ihre Rechte
gesichert haben werden.

Es kommt schließlich der Tag,
an dem Künstler und Arbeiter,
Bauern und Schriftsteller nicht länger getrennt leben werden.

Es kommt der Tag,
an dem die Ausübung der Gerechtigkeit keine Ausnahme sein wird,
sondern Ergebnis einer organisierten Gesellschaft
zu Gunsten der Mehrheiten,
die heute noch eine ungerechte Sklaverei erleiden und ertragen.
Und es wird verbannt sein von der Erde
das Wort Unterdrückung.

ROBERTO ZWETSCH, Brasilien